

Beschluss:

Der Integrationsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Niederkassel, folgende Resolution zu verabschieden:

Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat

Nach Berechnungen des statistischen Landesamtes machen in Nordrhein-Westfalen Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt einen Anteil von über 20 % aus. Stadtteile mit einem Migrantenanteil von 50 % und mehr stellen heute keine Seltenheit mehr dar. Dieser Anteil wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter steigen.

Viele dieser Menschen sind als so genannte „EU-Ausländer“ oder als Deutsche mit Migrationshintergrund bei den Kommunalwahlen wahlberechtigt. Doch in den Stadträten und Kreistagen macht sich dies bis heute kaum bemerkbar. So gibt es in ganz Nordrhein-Westfalen derzeit nur 70 Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund.

Migrantinnen und Migranten sind im gleichen Maße politisch interessiert wie die Mehrheitsbevölkerung. Doch sie machen in großem Umfang ihre Entscheidung, ob sie sich an den Wahlen beteiligen, davon abhängig, dass eine aktive Integrationspolitik betrieben wird und Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden, die selbst über einen Migrationshintergrund verfügen und ihr Vertrauen genießen. Dies ist für viele ausschlaggebend für eine Beteiligung an den Wahlen.

Im Sinne einer Kommunalpolitik, die die Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner vertritt, sind die Parteien deshalb aufgefordert, dies zu berücksichtigen. Der Rat der Stadt Niederkassel seinerseits wird anschließend alles in seinen Möglichkeiten Stehende tun, um die Migrantinnen und Migranten zu einer Beteiligung an der Wahl zu motivieren.

Vor diesem Hintergrund

- fordert der Rat der Stadt Niederkassel die demokratischen Parteien in Niederkassel auf, bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen, die das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten genießen.
- fordert der Rat der Stadt Niederkassel die Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits über das kommunale Wahlrecht verfügen, auf, sich an den Kommunalwahlen 2009 zu beteiligen.